

DGAPanalyse

kompakt

Prof. Dr. Eberhard Sandschneider (Hrsg.)
Otto Wolff-Direktor des Forschungsinstituts der DGAP e. V.

Mai 2011 N° 4
ISSN 2191-4869

Stabilitätsfaktor Rumänien?

Regionale Interessen rumänischer Außenpolitik im
Spannungsfeld zwischen EU, Russland und den USA

von Sarah Wohlfeld



Deutsche Gesellschaft
für Auswärtige Politik e.V.

Stabilitätsfaktor Rumänien?

Regionale Interessen rumänischer Außenpolitik im Spannungsfeld zwischen EU, Russland und den USA

von Sarah Wohlfeld

Trotz ausgeprägter europäischer Identität setzt Bukarest auch nach der erfolgreichen Integration in die NATO und EU auf Treue zu den USA als Sicherheitsgarant in einer instabilen Region und als Gegengewicht zu einem als bedrohlich empfundenen Russland. Komplementär hierzu fordert Rumänien auf europäischer Ebene mit Nachdruck eine starke Stimme Europas im westlichen Balkan und in der Schwarzmeer-Region. Durch eine aktive EU-Politik möchte Rumänien als Vermittler und Stabilitätsfaktor in der Region seine Rolle aufwerten und das dringlichste Ziel in seiner unmittelbaren Nachbarschaft erreichen: ein Klima der Sicherheit und wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Eine besonders von Präsident Traian Băsescu betriebene Instrumentalisierung der Außenpolitik für innenpolitische Profilierung droht diese Anstrengungen zu unterminieren.

Rumäniens Weg in die euroatlantischen Strukturen

Mit dem Beitritt zum Nordatlantikvertrag (NATO) am 29. März 2004 und zur Europäischen Union (EU) am 1. Januar 2007 erfüllte sich das Hauptziel rumänischer Außenpolitik seit dem Fall des Kommunismus. Der Weg von der Isolation in die Integration war vollendet, die Zugehörigkeit zur NATO versprach nach dem Zerfall des östlichen Bündnissystems wieder Schutz in einer sicherheitspolitisch prekären Lage.

Der Aufbruch in ein neues Zeitalter erfolgte in Rumänien verspätet. Mit der Front der Nationalen Rettung (FSN) unter Ion Iliescu kamen 1989 Mitglieder der prosovjetschen Elite an die Macht. In Abkehr von Nicolae Ceaușescus Politik der begrenzten Autonomie suchte die neue Führung, die im Frühjahr 1990 durch Wahlen bestätigt wurde,¹ zunächst die Wiederannäherung an die Sowjetunion. Der Niedergang der einstigen Weltmacht jedoch änderte die Lage: Das neue Russland konnte nicht länger die wirtschaftliche und politische Sicherheit Rumäniens garantieren, anti-russische Einstellungen traten in der rumänischen Bevölkerung nun offen zutage. Mit dem Verlust der absoluten Mehrheit seiner Partei bei den Parlamentswahlen 1992 hatten sich zudem die innenpolitischen Machtverhältnisse zu Ungunsten Iliescus

verschoben. Umgeben von kriegerischen Konflikten – im ehemaligen Jugoslawien, in der Republik Moldau und im Kaukasus – suchte Bukarest nun eine Westanbindung. Am 1. Februar 1993 unterzeichnete Rumänien ein Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Gemeinschaft (EG), im Januar 1994 nahm es als erstes Land an dem NATO-Programm »Partnerschaft für den Frieden« teil. Die Wahl des konservativen Kandidaten Emil Constantinescu bei den Präsidentschaftswahlen 1996 markierte einen Wendepunkt, da mit ihm ein Vertreter der bisherigen Fundamentalopposition an die Macht kam. Der prowestliche Kurs wurde unwiderruflich bestätigt und die NATO- und EU-Mitgliedschaft klar als oberstes Ziel der Außenpolitik deklariert. Auch die Beziehungen zu den Nachbarländern Ungarn, Ukraine und der Republik Moldau normalisierten sich. Obwohl Rumänien eine Aufnahme in die NATO auf dem Gipfel von Madrid 1997 verwehrt blieb, handelte das Land außenpolitisch wie ein Bündnismitglied. Im Jahr 2000 nahm die EU schließlich Beitrittsverhandlungen mit Rumänien auf. Dieser Erfolg kam zu spät für die zerstrittene bürgerliche Koalition, Constantinescu trat bei den Wahlen im selben Jahr nicht mehr an. Iliescu kehrte zurück an die Macht und hielt, trotz Freundschaftsbekundungen zu Russland, an einer prowestlichen Politik fest. Nach der NATO-Aufnahme im Frühjahr 2004 wurden Ende desselben Jahres die Beitrittsverhandlungen mit der EU abgeschlossen.

Traian Băsescu, seit Dezember 2004 gewählter Präsident Rumäniens, unterzeichnete am 25. Januar 2005 den Beitrittsvertrag mit der EU. Zwei Jahre später trat das Land dem Staatenverbund bei.²

Auf der Suche nach Sicherheit

Rumänien verfügt weder über die militärischen noch über ausreichend ökonomische Mittel, um die eigene Sicherheit zu gewährleisten. Nicht zuletzt aus diesem Grund hat das Land seit 1989 das Ziel einer Einbindung in multilaterale Sicherheitsstrukturen verfolgt. Rumänien fühlte sich durch den sowjetischen Einfluss lange Zeit zu Unrecht von Europa getrennt. Die Perzeption einer Bedrohung durch ein mächtiges Russland hält auch heute noch an. Der Einmarsch russischer Truppen in georgisches Staatsgebiet im Sommer 2008 hat die Bevölkerung in dieser Hinsicht noch einmal sensibilisiert. Băsescu selbst spricht von fehlendem Vertrauen zwischen Moskau und Bukarest.³

Von der EU fühlt sich Rumänien mit seinen Ängsten allein gelassen. Die Europäische Sicherheitsstrategie aus dem Jahr 2003 lässt Russland, aus osteuropäischer Sicht der »Elefant in Europas Porzellanladen«,⁴ völlig außen vor. Die Nähe zu den USA scheint Bukarest daher unverzichtbar. Rumäniens außenpolitische Entscheidungen zeugen von dem Bestreben, die transatlantische Treue unter Beweis stellen zu wollen: Während des Kosovo-Krieges stand Bukarest bedingungslos an der Seite der euroatlantischen Partner, beim Einmarsch nach Afghanistan schickte das Land Truppen. Der Irak-Krieg brachte Rumänien dann in eine Zwickmühle, da europäische und amerikanische Ansichten divergierten. Die rumänische Führung entschied sich für die Treue zu den USA und nahm europäische Kritik in Kauf. Bereits kurz nach seiner Wahl 2004 machte Băsescu dann auch noch einmal klar, wen er als Hauptverbündeten betrachtet, und proklamierte eine Achse zwischen Bukarest, London und Washington.⁵ Das von Amerika geplante Raketenabwehrsystem in Europa bot dem rumänischen Präsidenten eine neue Gelegenheit, sich den USA als wichtiger Partner anzubieten. Im Mai 2011 verkündete er, dass der Ort Deveselu im Süden Rumäniens erster Standort der Raketenabwehr sein wird.⁶

Aus rumänischer Sicht steht die transatlantische Verbundenheit jedoch nicht im Gegensatz zur europäischen Identität. Unmittelbar vor dem EU-Beitritt erklärten 73 Prozent der rumänischen Bürger, stolze Europäer zu sein. Gleichzeitig bewerteten sie die USA weit positiver als alle anderen Unionsbürger.⁷ Dies spiegelt sich auch in der außenpolitischen Ausrichtung Rumäniens wider: EU und NATO werden als komplementär betrachtet.⁸ Entscheidungen zwischen Europa und den USA, wie im Falle des Irak-Krieges, sind für das Land schmerzhaft und mit politischen Kosten verbunden. Bukarest plädiert daher für eine enge Zusammenarbeit zwischen den transatlantischen und europäischen Partnern. Bedingt vor allem durch regionale Interessen setzt sich Rumänien in diesem Zusammenhang auch für eine Intensivierung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU ein.

Regionale Interessen

Ungelöste Konfliktlagen kennzeichnen Rumäniens Nachbarschaft: die Territorialstreitigkeiten um den Status Kosovos dauern an, und auch in anderen Ländern des westlichen Balkans ist der Frieden fragil. Russische Truppen sind nach wie vor in Transnistrien stationiert, das sich 1992 von der Republik Moldau abgespalte und von keinem Staat der Welt anerkannt wird. Im südlichen Kaukasus schwelt weiterhin der Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan um die Zugehörigkeit des Gebiets Berg-Karabach. Daneben stellt die organisierte grenzüberschreitende Kriminalität immer noch ein großes Problem in der Region dar. Nach der erfolgreichen Integration in euroatlantische Strukturen ist Rumäniens oberstes außenpolitisches Ziel: die Schaffung eines Klimas der Sicherheit in seiner unmittelbaren Nachbarschaft, auf dem Balkan und in der Schwarzmeer-Region. Bukarest möchte sich hierbei selbst als entscheidender Akteur und Stabilitätsgarant profilieren und beteiligte sich, um sein Potenzial unter Beweis zu stellen, an friedenserhaltenden Einsätzen weltweit (u. a. in Bosnien-Herzegowina, Albanien, Ruanda und Somalia). In der Erweiterung von EU und NATO sieht Rumänien ein wichtiges Instrument, um die Region zu stabilisieren und die eigene Rolle zu stärken. Bukarest unterstützt die Beitrittsambitionen der Länder des

westlichen Balkans zur EU und die »open door policy« der NATO mit klaren Perspektiven für die Ukraine und Georgien.⁹

Engagement in der Schwarzmeer-Region

Rumäniens natürliches Interesse an Stabilität in der benachbarten Schwarzmeer-Region liegt nicht zuletzt darin begründet, dass Sicherheit die Voraussetzung für die Konstruktion alternativer Energierouten vom Kaspischen Meer und Zentralasien nach Europa ist. Nicht nur würde Rumänien, das von allen russischen Pipelines bislang ausgeschlossen ist, von ausländischen Investitionen profitieren – Bukarest unterstützt vor allem den Bau von Leitungen auf eigenem Territorium, wie etwa die Nabucco-Erdgaspipeline und die Ölpipeline Constanța-Triest: Mit alternativen Energierouten wird auch das Ziel verfolgt, die Abhängigkeit Europas von Russland, das die Lieferung von Erdgas und Erdöl bewusst als außenpolitisches Instrument einsetzt, zu verringern.

In der Schwarzmeer-Region gibt es eine Vielzahl von Kooperationsinitiativen,¹⁰ Rumänien ist an allen beteiligt. Eine erfolgreiche und effektive Zusammenarbeit leidet jedoch, wie auch bei der bedeutendsten regionalen Organisation, der Schwarzmeer-Wirtschaftskooperation (SMWK, engl. BSEC), an Heterogenität und mangelndem Vertrauen zwischen den Mitgliedsstaaten. Eine eigene Initiative startete Rumänien im Jahr 2007 mit der Gründung des Schwarzmeer-Forums für Dialog und Partnerschaft, das Synergien zwischen bereits bestehenden Projekten erzeugen und als Plattform für den Austausch von Ideen dienen soll. Die Reaktionen waren verhalten, Russland ignorierte den Vorstoß. Das Projekt reihte sich so ohne große Erfolge in die Reihe regionaler, sich häufig überlappender und konkurrierender Organisationen ein.

Rumäniens schlechte Beziehungen zu Russland und sein zu geringes politisches und wirtschaftliches Gewicht unterminieren den Erfolg unilateraler Initiativen. Bukarest möchte eine entscheidende Rolle in der Region spielen, kann dies jedoch nur mit Unterstützung der EU. Aus diesem Grund fordert

die politische Führung lautstark eine kohärente und starke Stimme Europas im Schwarzmeer-Raum, teilweise mit Erfolg. Sich der geostrategischen Bedeutung der Region bewusst, hat die EU im April 2007 die Schwarzmeer-Synergie beschlossen. Die Initiative will regionale Zusammenarbeit und Kooperationen mit der EU fördern. Im März 2010 wurde in diesem Rahmen die »Black Sea Partnership for Environment« mit einer aktiven Rolle Rumäniens ins Leben gerufen. Konkrete Projekte lassen jedoch noch auf sich warten. Entscheidend für den Erfolg der Partnerschaft ist auch eine effektive Koordination mit der EU-Strategie für den Donau-Raum, die im April 2011 von den EU-Mitgliedsstaaten gebilligt wurde. Rumänien, das bereits 2008 gemeinsam mit Österreich eine Initiative für eine europäische Donau-Strategie startet, ist in die Koordination von drei der elf Projektbereiche eingebunden. Eine neue, von Bukarest befürwortete und im Jahr 2008 initiierte, EU-Initiative ist die Östliche Partnerschaft. Sie bietet Belarus, der Republik Moldau, der Ukraine, Armenien, Aserbaidschan und Georgien eine verstärkte Zusammenarbeit an.

Trotz dieser – teilweise unzureichend koordinierten – Ansätze fehlt weiterhin eine umfassende europäische Vision für die Schwarzmeer-Region. Auch das Verhältnis zu Russland, auf dessen Energielieferungen Europa nach wie vor angewiesen ist, ist ungeklärt. Bukarest setzt auch hier deswegen zu allererst auf die transatlantischen Partner. Aus Rumäniens Sicht ist Amerikas stabilisierende Präsenz im Schwarzmeer-Raum und Südkaukasus unverzichtbar.¹¹

Rumänien und die Republik Moldau: Ein Volk, zwei Staaten?

Rumänien war das erste Land, das 1991 die Unabhängigkeit der Republik Moldau von der Sowjetunion anerkannte. Die rumänisch-moldauischen Beziehungen, basierend auf gemeinsamer Geschichte, Sprache und Kultur, intensivierten sich – eine Wiedervereinigung schien möglich. Ein Referendum in der Republik Moldau im Jahr 1994 beendete diese Überlegungen: Zwei Drittel der Befragten sprachen sich gegen einen gemeinsamen Staat aus. Bereits im Februar desselben Jahres

unterlagen bei den Wahlen in der Republik Moldau die Anhänger einer Wiedervereinigung, im April ratifizierte das Parlament in Chişinău das Gründungsprotokoll der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS). In einer Erklärung bedauerte das rumänische Parlament diesen Schritt und wertete ihn als Verzicht auf eine Vereinigung. Es folgte eine Phase der Enttäuschung, die Beziehungen zwischen beiden Ländern waren gestört. NATO- und EU-Beitritt hatten für Bukarest jedoch oberste Priorität, der Wunsch nach einem gemeinsamen Staat trat daher in den Hintergrund.¹²

Der EU-Beitritt Rumäniens hat neue Voraussetzungen geschaffen. Innerhalb der Union hat es sich die rumänische Führung zur Aufgabe gemacht, die Interessen der Republik Moldau zu vertreten. Mit Nachdruck setzt sich Bukarest für eine europäische Integration des Landes ein. Ein stärkeres Engagement der EU, so die Hoffnung in Bukarest, könne zu einer Lösung des Konflikts in Transnistrien beitragen und ein Ende der Stationierung russischer Truppen bewirken. Auch sieht die rumänische Führung die Chance, als Verhandlungspartner eine entscheidende Rolle spielen zu können.

Mit erneuten Rufen nach einer Wiedervereinigung bewegt sich Präsident Băsescu allerdings klar außerhalb europäischer Beschlüsse. Innenpolitisch versucht er sich zu profilieren, indem er einen gemeinsamen Staat als »Vision« deklariert¹³ – womit er die Position seines Landes in der GASP schwächt.

Kosovo und der Wunsch nach außenpolitischer Geltung

Während des Kosovo-Krieges stand Rumänien bedingungslos an der Seite von EU und NATO, stellte für Angriffe gegen Serbien seinen Luftraum zur Verfügung und verweigerte Russland Überflugsrechte. Geschickt nutzte Bukarest die Gelegenheit, Verlässlichkeit und Glaubwürdigkeit zu demonstrieren. Nach der Unabhängigkeitserklärung Kosovos am 17. Februar 2008 wechselten die Fronten grundlegend: Gemeinsam mit Serbien, Russland und der klaren Minderheit der EU-Mitgliedsländer erkannte Rumänien den neuen Status nicht an. Dies erzeugte Verunsicherung bei den

euroatlantischen Partnern. Trotz Vorbehalten unterstützte der rumänische Ministerpräsident Călin Popescu-Tăriceanu lange Zeit den Plan des UN-Vermittlers Martti Ahtisaari, der Schritte zu einer eigenen Staatlichkeit Kosovos vorsah.

Präsident Băsescu jedoch konnte sich der breiten politischen Unterstützung im Land sicher sein, als er, vor Widersprüchen nicht zurückschreckend, eine Anerkennung Kosovos kategorisch ausschloss. Erneut instrumentalisierte er die Außenpolitik: Mit populistischen Äußerungen schürte er die allgegenwärtige rumänische Angst vor separatistischen Bestrebungen der in Siebenbürgen lebenden ungarischen Minderheit und schärfte so innenpolitisch sein Profil. In der politischen Öffentlichkeit war zudem die Rede von möglichem Rückenwind für die Separatisten in Transnistrien durch einen Präzedenzfall auf dem Balkan.

Es ist nicht abzusehen, dass Bukarest seine Haltung in der Kosovo-Frage in naher Zukunft modifiziert – auch deshalb, weil mit dieser noch ein weiteres Kalkül verfolgt wird: Nachdem die traditionell ausgeprägte rumänisch-serbische Freundschaft während des Kosovo-Krieges keine Rolle spielte, nutzt die rumänische Führung nun die Verteidigung Serbiens territorialer Integrität erfolgreich, um die Beziehungen zu Belgrad deutlich zu verbessern. Rumänien möchte sich so in eine Vermittlerposition bringen und stärkeres politisches Gewicht in der Region, aber auch der EU, erlangen. Auch aus diesem Grund beteiligt sich Rumänien nach wie vor an der Kosovo-Mission der NATO (KFOR) ebenso wie an der Rechtsstaatlichkeitsmission der EU (EULEX).

Fraglich ist, ob Rumäniens Plan aufgeht. Die Ambivalenz der rumänischen Außenpolitik im Kosovo-Konflikt hat einen Verlust an Glaubwürdigkeit mit sich gebracht, die Bedingung für eine starke Position in der NATO und EU ist.¹⁴

Bestimmungsfaktoren der rumänischen Außenpolitik

Die engen Beziehungen zwischen Bukarest und Washington sind ein entscheidender Faktor in

Rumäniens Außenpolitik. Auf Sicherheitsgarantien eines Europas, das Russland nur noch als Partner und nicht mehr als Bedrohung wahrnimmt, will sich das Land nicht verlassen. Gleichzeitig setzt sich Rumänien auf europäischer Ebene für eine aktivere und kohärente EU-Außenpolitik mit klarer Strategie im westlichen Balkan und der Schwarzmeer-Region ein. Nicht nur erhofft sich Bukarest so eine Stabilisierung seiner fragilen Nachbarschaft, auch sieht es die Möglichkeit, als Mittler und Sicherheitsgarant die eigene Rolle aufzuwerten.

Fehlende Koordinierung innerhalb der Regierung und eine Instrumentalisierung außenpolitischer Entscheidungen für innenpolitische Zwecke führen zu Widersprüchen in Rumäniens Außenpolitik. Exemplarisch ist hier Bukarests Verhalten in der Kosovo-Frage und gegenüber der Republik Moldau. Jüngstes Beispiel sind die Drohungen des rumänischen Außenministers Teodor Baconschis, man werde gegen den EU-Beitritt Kroatiens ein Veto einlegen, sollte Rumänien – wie von Deutschland und Frankreich gefordert – der Beitritt zum Schengen-Raum vorerst verwehrt bleiben.¹⁵ Rumäniens Glaubwürdigkeit als starker Befürworter einer europäischen Integration des westlichen Balkans haben diese Äußerungen, wenn auch später relativiert, geschadet.

Aufgrund seiner geostrategischen Position und der Mitgliedschaft in NATO und EU hat Rumänien durchaus das Potenzial, in der Region eine stabilisierende Wirkung zu entfalten. Voraussetzung ist, dass Bukarest mit einer glaubwürdigen Politik erfolgreich auf euroatlantischer Ebene für seine Anliegen

wirbt. Hier eröffnen sich auch, ungeachtet der Verstimmungen im Hinblick auf Rumäniens Schengen-Beitritt, Möglichkeiten für eine Intensivierung der deutsch-rumänischen Zusammenarbeit. In der Vergangenheit konnte Bukarest nicht immer auf die deutsche Regierung zählen: Das reformfeindliche Regime Iliescus verlor in Westeuropa und den USA schnell an Ansehen, bei der euroatlantischen Integration unterstützte Berlin zunächst vor allem Polen, die Tschechische Republik und Ungarn. Bei der ersten NATO-Erweiterungsrunde auf dem Gipfel in Madrid 1997 setzte sich Deutschland, ungeachtet des Wahlsiegs der rumänischen Opposition im Jahr zuvor, mit Nachdruck nur für seine Nachbarländer Polen und die Tschechische Republik ein. Den EU-Beitritt Rumäniens sah die erweiterungsmüde deutsche Bevölkerung kritisch. Als dieser gefährdet schien, hielt sich Berlin, anders als etwa Paris, mit Solidaritätsbekundungen zurück. Innerhalb der EU teilen Deutschland und Rumänien nun jedoch klar gemeinsame Interessen – wie etwa die Stabilisierung der Schwarzmeer-Region und des westlichen Balkans sowie eine Diversifizierung der europäischen Energieversorgung. Bukarest kann und will hier ein wichtiger Partner sein, gleichzeitig setzt die EU bislang auf eine Zusammenarbeit mit Moskau. Auch zwischen der NATO und Russland zeichnet sich eine Annäherung ab. Es wird interessant sein zu sehen, wie sich Bukarest in Zukunft in diesem Spannungsfeld positioniert.

Sarah Wohlfeld, Programmmitarbeiterin Zentrum für Mittel- und Osteuropa der Robert Bosch Stiftung im Forschungsinstitut der DGAP.

Anmerkungen

- 1 Entgegen Ankündigungen, ein rein exekutives und provisorisches Organ zu sein, trat die FSN bei Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im Mai 1990 an und ging hier als Sieger hervor. Der Wahltermin wurde von der FSN bewusst so früh angesetzt, um anderen Parteien die Möglichkeit zu nehmen, sich eine Struktur zu geben und Unterstützung zu gewinnen.
- 2 Für einen Überblick über die rumänischen Außenpolitik seit 1989 vgl. bspw. Anneli Ute Gabanyi, Systemwechsel in Rumänien, München 1998, S. 301–307; David Phinnimore, And We'd Like to Thank ... Romania's Integration into the European Union, 1989–2007, in: *Journal of European Integration* 3/2010, S. 291–308.
- 3 Vgl. Interview Transcript: Traian Băsescu, President of Romania, in: *Financial Times Online*, 13.12.2010, <www.ft.com/cms/s/0/2f1b77e8-06e0-11e0-8c29-00144feabdc0.html> (abgerufen am 17.4.2010).
- 4 Mircea Micu, Romanian Security in an Evolving European Context, in: *Romanian Journal of European Affairs* 2/2010, S. 79–89; hier: S. 85 (Übersetzung der Autorin).
- 5 Für diese klare Prioritätensetzung wurde Băsescu von dem damaligen Ministerpräsidenten Călin Popescu-Tăriceanu kritisiert. Innenpolitische Gründe führten kurz nach dem EU-Beitritt Rumäniens zur Eskalation einer erbittert geführten Auseinandersetzung zwischen beiden Politikern. Seit den Parlamentswahlen im November 2008 ist Emil Boc neuer Ministerpräsident; vgl. auch Theodor Tudoroiu, From Spheres of Influence to Energy Wars: Russian Influence in Post-Communist Romania, in: *The Journal of Communist Studies and Transition Politics* 3/2008, S. 386–414; hier 402–408.
- 6 Vgl. Raketenabwehr in Rumänien, in: *Süddeutsche Zeitung Online*, 6.5.2011, <www.sueddeutsche.de/K5u38I/4075089/Raketenabwehr-in-Rumaenien.html> (abgerufen am 8.5.2011).
- 7 Vgl. Standard Eurobarometer 66, Herbst 2006, S. 116, 176, <http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb66/eb66_en.htm> (abgerufen am 8.5.2010).
- 8 Vgl. hierzu auch Rumäniens Nationale Sicherheitsstrategie aus dem Jahr 2007, <http://merln.ndu.edu/whitepapers/Romania2007_English.pdf> (abgerufen am 10.4.2011).
- 9 Vgl. Insider View: An Interview with H. E. Teodor Bacon-schi, Minister of Foreign Affairs of Romania (The Centre for European Policy Analysis), 1.7.2010, <http://www.cepa.org/ced/view.aspx?record_id=256> (abgerufen am 17.4.2011); Interview with the Romanian President Traian Basescu about the Upcoming Summit in Bucharest and its Significance for the Country, in: *NATO'S NATIONS and Partners for Peace* 1/2008, S. 14–17; hier S. 16.
- 10 Für eine Übersicht vgl. Alina Homorozean, Regional Black Sea Architecture and Consequences for the Regional Cooperation Framework, in: *Romanian Journal of European Affairs* 4/2010, S. 5–25.
- 11 Vgl. Ionel Nicu Sava, Die rumänische Außenpolitik und ihr Beitrag zur gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU, in: *KAS-Auslandsinformationen* 10/2007, S. 6–27.
- 12 Vgl. Günther H. Tontsch, Der verlorene Sohn: Moldova und Rumänien, in: *Südosteuropa Mitteilungen* 4/1996, S. 336–343.
- 13 Vgl. Interview Transcript: Traian Băsescu, President of Romania, op. cit. (Anm. 3); vgl. auch Anneli Ute Gabanyi, Rumänien: Populismus als Instrument der Machtsicherung, in: *Südosteuropa Mitteilungen* 2/2008, S. 56–67; hier S. 66.
- 14 Vgl. Gabanyi, op. cit. (Anm.13); hier S. 65–67; Áron Buzogány, Rumäniens Kosovo-Komplex zwischen doppeltem Präzedenzfall und EU-Verpflichtungen: Siebenbürgen, die Republik Moldau, Transnistrien, in: *Südosteuropa* 3/2008, S. 441–448.
- 15 Vgl. Schengen: Rumänien droht EU-Monitoring aufzukündigen, in: *Der Standard Online*, 11.1.2011, <<http://derstandard.at/1293370450028/Schengen-Rumaenien-droht-EU-Monitoring-aufzukuendigen>> (abgerufen am 10.5.2011).

Die DGAP trägt mit wissenschaftlichen Untersuchungen und Veröffentlichungen zur Bewertung internationaler Entwicklungen und zur Diskussion hierüber bei. Die in den Veröffentlichungen geäußerten Meinungen sind die der Autoren.

Herausgeber:

Prof. Dr. Eberhard Sandschneider, Otto Wolff-Direktor des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. | Rauchstraße 17/18 | 10787 Berlin | Tel.: +49 (0)30 25 42 31-0 | Fax: +49 (0)30 25 42 31-16 | info@dgap.org | www.dgap.org | www.aussenpolitik.net
© 2011 DGAP